

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
– Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Gernot Gutmann, Universität zu Köln

Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. Walther Busse von Colbe, Ruhr-Universität Bochum

Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h. c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.

Schriftführer/Geschäftsführer: Dr. Werner Klein, Universität zu Köln

Geschäftsstelle: Albertus-Magnus-Platz, D-5000 Köln 41, Tel. (02 21) 4 70 - 26 03 oder
4410

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Ausschuß für Regionaltheorie und -politik

Die jährliche Sitzung des Ausschusses fand am 21./22. April 1988 in München, in den Räumen der Universität statt. Die Sitzung stand unter dem Generalthema „Regionalentwicklung und Strukturwandel – Regionalpolitische Implikationen der Strukturberichterstattung“.

Als Gastreferent sprach zunächst Dr. E. von Einem, Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, Berlin, zum Thema „Dynamik der Arbeitsplatzentwicklung im Regionalvergleich – Stand der Forschung und erste Ergebnisse“. Nach einer Zusammenfassung des Standes der Forschung stand im Mittelpunkt seiner Ausführungen eine empirische Analyse der Arbeitsplatzdynamik im Ruhrgebiet einerseits und der Rhein-Main-Region andererseits, bezogen auf den Untersuchungszeitraum 1975 - 1983. Der Untersuchung lagen Daten der größten Kreditauskunftei zugrunde. Die Analyse zeigte wesentliche sektorale Unterschiede der Entwicklung der Vergleichsregionen und bestätigte zunächst den überproportionalen Beschäftigungsbeitrag der Kleinbetriebe. Die Diskussion konzentrierte sich zunächst auf die Eignung der verwendeten Datenbasis und beschäftigte sich dann mit der Frage, ob das Merkmal „Kleinbetrieb“ tatsächlich eine Erklärung für die Beschäftigtenentwicklung geben könne. Man war sich einig, daß ein Gesamtbild der regionalen Arbeitsplatzdynamik sich nur aus der Verbindung verschiedener Faktoren ergeben könne, und eine Fortsetzung der Untersuchungen wichtig wäre.

Als zweiter Referent behandelte (als Guest) Prof. Dr. A. Börsch-Supan, Universität Dortmund, die Frage, ob die regionale und sektorale Arbeitslosigkeit durch höhere Mobilität reduzierbar wäre. Ausgangspunkt des Referenten war die Kritik an der mangelhaften Mobilität deutscher Arbeitnehmer insbesondere im Vergleich mit den USA. Im Hauptteil seines Papiers ging es um eine Abschätzung, wo und in welcher

Größenordnung es regionale und sektorale „mismatches“ gibt. Zu diesem Zweck wurden Zahlen der Arbeitslosen und der offenen Stellen in der Bundesrepublik im Querschnitt des Jahres 1986 regional und sektorale differenziert analysiert. Als Fazit der empirischen Untersuchungen kam der Referent zu der Feststellung, daß bei gegebener Arbeitskräftefragestruktur die Arbeitslosigkeit durch mangelnde regionale und sektorale Mobilität nicht wesentlich verstärkt würde, das Potential für interregionale und sektorale Ausgleich sei augenblicklich viel zu gering.

Die Diskussion konzentrierte sich auf methodische Probleme der empirischen Analyse, sowie auf die Frage, ob die vorgenommene starke Differenzierung der Berufsgruppen (und damit von Teilarbeitsmärkten) für die Mobilitätsfragestellung sinnvoll sei. Man war sich einig, daß die Wirkungszusammenhänge von Mobilität und regionaler Entwicklung und die Bestimmungsgründe der Mobilität wichtige Forschungsfelder seien.

Das folgende Referat von Prof. Dr. P. Treuner, Universität Stuttgart, „zur Berücksichtigung von Struktur- und Niveauveränderungen bei der Anwendung des Tragfähigkeitskonzeptes“ basierte auf Erfahrungen aus der Entwicklungshilfe in Äthiopien. Da die dabei behandelten Probleme der Operationalisierung des Tragfähigkeitskonzeptes nicht auf unsere entwickelten Volkswirtschaften zuträfen, wäre der Beitrag insbesondere unter methodischen Gesichtspunkten zu sehen. Erst später könne über eine Anwendung auf strukturpolitische Aufgaben in entwickelten Wirtschaften gesprochen werden.

In der Diskussion wurde die Einbeziehung agrarökonomischer Entwicklungsstudien angeregt.

Am Freitag folgten die Referate von Dr. H. Irsch, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt, und Prof. Dr. D. Biehl, Universität Frankfurt. Herr Irsch sprach über den Einfluß des Regionalfaktors auf das Investitionsverhalten mittelständischer Unternehmen. Er untersuchte in seiner Arbeit, wie sich Unternehmen verschiedener Regionen hinsichtlich ihrer wesentlichen Investitionsziele unterscheiden, ob Innovationen als Mittel zur Erreichung der Investitionsziele je nach Region unterschiedlich häufig durchgeführt werden und ob regionale Diskrepanzen nur bei bestimmten Unternehmensgrößen auftreten. Die empirische Analyse ergab bei den zentralen Investitionsmotiven Umsatzsteigerung und Kostensenkung vor allem Branchen- und Größenunterschiede, bei den übrigen Investitionszielen jedoch deutliche regionale Unterschiede. Zwischen den Regionstypen Agglomeration und ländlich-peripherie Gebiete zeigte sich vor allem – unabhängig von Unternehmensgröße und Branche – ein Innovationsgefälle. Die höhere Innovationsrate in den Agglomerationen wurde vom Referenten vor allem auf die Wettbewerbsverhältnisse zurückgeführt, der Wettbewerb in den Ballungsgebieten werde relativ stärker über Qualität, Produktdifferenzierung und Serviceleistungen ausgetragen.

In der sehr lebhaften Diskussion ging es vor allem um die Frage, wieweit die empirischen Ergebnisse verallgemeinbar seien. Dabei ging es zum einen um das verwendete Datenmaterial, Angaben aus Kreditanträgen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, das einen systematischen Bias enthalten könnte, zum anderen um das Maßkonzept der Innovation.

Das anschließende Referat von Prof. Biehl behandelte strukturelle und regionale Entwicklungsunterschiede in der Europäischen Gemeinschaft. Der Referent stellte die wichtigsten regionalen Entwicklungstrends der siebziger Jahre dar und führte die Ergebnisse von Regressionsanalysen zum Zusammenhang zwischen Entwicklungsniveau und Strukturwandel (Änderungen der Anteile des primären, sekundären und tertiären Sektors) vor. Daran knüpften Überlegungen zu den Ursachen der aufgezeig-

ten Entwicklungen an, wobei insbesondere die Rolle der Infrastruktur als Potentialfaktor analysiert wurde.

Die Diskussion konzentrierte sich auf methodisch-ökonometrische Probleme des verwendeten „Potentialfaktoren“-Konzepts, unter anderem Fragen der Messung von Unter- oder Überauslastung regionaler „Potentiale“.

In der im Rahmen der Sitzung abgehaltenen Mitgliederversammlung des Ausschusses für Regionaltheorie und -politik wurde zum neuen Vorsitzenden Herr Prof. Dr. H.-J. Ewers, Berlin, gewählt. Als Termin der nächsten Sitzung wurde der 20./21. April 1989, als Tagungsort Frankfurt, vorgesehen.

Prof. Dr. Edwin von Böventer, München

Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik

Die 18. Ausschußsitzung fand am 5. und 6. Februar 1988 in Frankfurt statt. Vorbereitet und eröffnet wurde die Sitzung von Herrn Prof. Dr. Rudolf Richter, der nach dem Tod von Prof. Dr. Armin Gutowski vertretungsweise die Leitung der Ausschußarbeit übernommen hatte. Als neuer Vorsitzender wurde bei der Mitgliederversammlung des Ausschusses Herr Prof. Dr. Jürgen Siebke gewählt, der auch die weitere Leitung der Sitzung übernahm.

Eröffnet wurde die Tagung mit einem Referat von Herrn Prof. Dr. Jürgen Siebke und Frau Dipl.-Math. Switgard Feuerstein (beide Heidelberg) zum Thema „Wechselkursunion und Stabilitätspolitik: Ein erweitertes keynesianisches Modell“. Die Erweiterung betraf die explizite Einbeziehung der Güterangebotsseite nach dem Muster der „Klassischen Unterbeschäftigung“. Bei exogen vorgegebenen Nominallohnsatz variiert der Reallohnsatz invers zum (endogenen) Güterpreisniveau. Das endogene Güterpreisniveau gewährleistet die Übereinstimmung von effektiver Gesamtnachfrage und produktionsoptimalem Güterangebot. Diese Bedingungen gelten in symmetrischer Weise für beide Mitglieder der Währungsunion („Deutschland und Frankreich“), die untereinander einen absolut festen Wechselkurs aufrechterhalten, gegenüber dem Rest der Welt aber Floating praktizieren. Weiter berücksichtigt das Modell die Möglichkeit, daß Bewegungen des gemeinsamen Außenwechselkurses je nach Indexierungsgrad des Nominallohnsatzes die Höhe der jeweiligen nationalen Güterangebotsmöglichkeiten beeinflussen. Die Analyse erstreckte sich auf die komparativ-statischen Wirkungen fiskalpolitischer, geldpolitischer und produktivitätsbedingter Schocks sowie solcher, die vom Rest der Welt auf die Währungsunion wirken.

Im zweiten Beitrag referierte Herr Dr. Wolfgang Schmitz (Präsident a. D. der österreichischen Nationalbank, Wien) zum Thema „Ordnungspolitische Komponenten in der Konditionalität des Internationalen Währungsfonds“. Anhand einer systematischen Analyse wichtiger Etappen in der Geschichte des IWF gelangte Schmitz in diesem Beitrag zu der Feststellung, daß die ordnungspolitische Ausrichtung in der Handhabung der Konditionalität tendenziell eindeutig an Bedeutung gewonnen habe.

Als drittes Referat präsentierte Herr Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann (Bonn) einen Beitrag zum Thema „Wechselkurs- und Zinseffekte von Geldmengenbekanntgaben des Federal Reserve Systems“. Gegenstand dieses Beitrags war das in den USA zeitweise beobachtete „money announcement puzzle“: stellte sich die tatsächliche wöchentliche Geldmengenentwicklung stärker ein als erwartet, so stiegen die kurzfristigen Zinssätze, und es kam zu einer Aufwertung des Dollars. Bei geeigneter Verall-

gemeinerung verschiedener Hypothesen zur Erklärung dieses Phänomens gelangt Neumann zu dem Ergebnis, daß die relative Größenordnung der Varianzen transitorischer und permanenter Geldangebotsschocks für die spezifische Ausprägung der Reaktion von Zins und Wechselkurs auf den Informationszufluß der Geldmengenbekanntgabe entscheidend ist.

Als vierten Beitrag referierte Herr Dr. Horst Bockelmann (Frankfurt) zum Thema „Die Rolle der Bank für internationalen Zahlungsausgleich im internationalen Währungssystem“. Der Referent zeigte wichtige historische Etappen auf, von der Vorgeschichte über die Entstehung der BIZ im Jahre 1930 bis zu ihrer aktuellen Stellung und Arbeitsweise. Zu den gegenwärtig dominierenden Funktionen der BIZ zählte Bockelmann ihre Rolle als Stätte der währungspolitischen Beratung und Koordination unter den an ihr beteiligten Notenbanken.

Das letzte Referat wurde von Herrn Prof. Dr. Wolfgang Gebauer (Frankfurt) gehalten. Das Thema lautete: „Zinsstrukturpolitik“. Der Referent versuchte aufzuzeigen, daß die von der Bundesbank tatsächlich betriebene Geldpolitik nicht im Einklang stehe mit dem offiziell propagierte Konzept der Geldmengensteuerung. Vielmehr orientiere sich die Bundesbank an der Zinsstruktur (der Differenz zwischen lang- und kurzfristigen Zinssätzen). Diese De-facto-„Zinsstrukturpolitik“ sei auch eher mit der währungspolitischen Einbindung der D-Mark vereinbar als die Geldmengenpolitik. Es sei daher zu empfehlen, den „monetaristischen Überbau“ des Bundesbankkonzeptes ad acta zu legen.

Als neue Ausschußmitglieder kooptierte die Mitgliederversammlung die Herren Prof. Dr. Wolfgang Gebauer (Frankfurt) und Prof. Dr. Rüdiger Pohl (Hagen).

PD Dr. Franco Reither, Hamburg

Ausschuß zum Vergleich von Wirtschaftssystemen

Der Ausschuß hat auf seiner Jahrestagung vom 2. - 4. Oktober 1988 in Buchenbach bei Freiburg seine Arbeit zum Thema „Probleme der monetären Steuerung in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen“ fortgesetzt. 1987 richtete sich die Diskussion vor allem auf die Funktionen des Geldes in geplanten Wirtschaftssystemen, sowohl als internes wie als externes (transferabler Rubel) Steuerungsinstrument und auf die Probleme der Nachfrage- und Angebotssteuerung. Bei dieser Tagung ging es um scheinbar etwas weiter auseinanderliegende Themen, nämlich um die Entwicklung der sozialistischen Geldtheorie, um die Monetarisierung der chinesischen Wirtschaft, um Fragen der finanziellen Lenkung der Landwirtschaft in Ost und West und schließlich um einen internationalen Vergleich der Effektivität von Geldmengenzielen. Diesen Beiträgen liegt jedoch allen die gleiche Problemstellung zu Grunde, die Frage nach der Übertragbarkeit von westlich-marktwirtschaftlichen Erfahrungen, Organisationsstrukturen, inflationstheoretischen und geldpolitischen Konzepten auf eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Darin äußert sich eine der Basisfragen der Reformpolitik.

Die Tagung wurde eingeleitet mit einem Referat von Dr. H. F. Buck, Bonn, zum Thema „Der Wandel der sozialistischen Geldtheorie und Geldpolitik im Spannungsfeld zwischen sozialrevolutionären Verheißen und wirtschaftsorganisatorischen Sachzwängen“. Dem Referenten geht es dabei um die sozialistische Geldtheorie, ihre Wurzeln bei Marx und ihre Diskussion in den sozialistischen Ländern. Dabei läßt er sich vor allem vom dogmatischen Charakter dieser Diskussion leiten und behandelt die marxistischen Positionen zur Entstehung des Geldes, zur Bestimmung seines

Wesens und Wertes und zu seiner Rolle in den Ware-Geld-Beziehungen. In der Darstellung des Referenten kommen in erster Linie sowjetische und DDR-Theoretiker zu Wort. Die an das Referat anschließende Debatte hob hervor, daß die polit-ökonomische Entwicklung des Geldes auch pragmatisch als Verarbeitung sowjetischer Erfahrung rekonstruiert werden kann.

Im zweiten Referat befaßte sich Prof. Dr. E. Schinke, Gießen, mit dem Thema „Finanzielle Steuerung der Agrarwirtschaft in den Wirtschaftssystemen der Sowjetunion und der EG“. Die Landwirtschaft ist in beiden Systemen Objekt weitgehender Planung und Regulierung. Doch während die Mengenplanung im Westen als ordnungspolitischer Sündenfall gilt, ist sie in der Sowjetunion nach wie vor die Regel. Indirekte finanzielle Steuerungselemente können sich nur zögernd durchsetzen. Ihre Wirkung wird auch im Westen durch die direkive Preisplanung, die hier das zentrale Lenkungsinstrument darstellt, beeinflußt. Damit muß sich die Wirtschaftspolitik abfinden; denn der Referent schließt eine Freigabe der Preise in beiden Systemen für die überschaubare Zukunft aus.

Die zwei folgenden Referate gingen auf die Probleme der Monetarisierung des chinesischen Wirtschaftssystems ein. Zuerst behandelte Dr. W. Klein, Köln, „Aspekte monetärer Instabilitäten in der VR China“. Nach einer kurzen Beschreibung des institutionellen Aufbaus des reformierten chinesischen Bankensystems versucht der Referent die Inflation nach 1979 zu analysieren. Diese stellt sich als Preis- und Kassenhaltungsinflation dar. Als Ursache werden im wesentlichen die institutionellen Veränderungen im Rahmen der Systemreformen ausgemacht, die noch nicht von einer effektiven geldpolitischen Steuerung begleitet werden.

Die Probleme eines ordnungspolitischen Übergangsprozesses waren anschließend Gegenstand des Referates von Prof. Dr. Dr. h. c. N. Kloten, Stuttgart und Tübingen, „Monetäre Steuerung in den transitorischen Stadien eines Wirtschaftssystems: der Fall China aus komparativer Sicht“. Der Referent macht deutlich, daß die Transformationen sich innerhalb des sozialistischen Systems abspielen und vor allem das Koordinationsystems (von direktiven zu anleitenden Plänen), das Entscheidungssystem (wachsendes Gewicht privateigentumsähnlicher Rechtsverhältnisse) und das Motivations- und Kontrollsystem (mehr marktwirtschaftliche Motivationsfaktoren) betreffen. All das erfordert eine stärkere Monetarisierung der Wirtschaft, die stufenweise und nicht ohne Rückschläge und Reibungsverluste vorangetrieben wird.

Als letztes wurde das Referat von Prof. Dr. E. Tuchfeldt, Bern, über „Geldmengenziele im internationalen Vergleich“ diskutiert. Der Referent untersucht die Frage, ob die monetaristische Geldmengensteuerung bessere Erfolge in der Makropolitik erreicht hat als die keynesianische Nachfragesteuerung. Der Untersuchungszeitraum ist die Periode von 1975 - 1987. In den Vergleich einbezogen werden die Schweiz, die BRD, USA, Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien und die Niederlande. Das Resultat des Vergleichs ist erwartungsgemäß enttäuschend: das monetaristische Rezept schlägt kaum besser an als das fiskalistische. Monokausale Erklärungen und Ansätze greifen zu kurz.

Die abschließende Generaldiskussion ergab einen Forschungsbedarf hinsichtlich der Erklärung von Transformationsprozessen der Wirtschaftsordnung. Die Probleme der monetären Steuerung sind in den allgemeinen Prozeß des Wandels von Wirtschaftssystemen eingebettet, den wir bislang aber viel zu wenig verstehen. Bevor sich der Ausschuß diesem sehr komplexen und schwierigen Thema zuwendet, werden die Ergebnisse der beiden letzten Tagungen in einem Band der Schriftenreihe zugänglich gemacht.

Prof. Dr. Hans-Jürgen Wagener, Groningen

Ausschuß für Unternehmenstheorie und -politik

Die Sitzung des Ausschusses am 6. und 7. Mai 1988 im Parkhotel Waldlust, Oberursel, stand unter dem Generalthema: „Ökonomische Probleme des Arbeitsvertrages“. Folgende Referate wurden vorgetragen und diskutiert:

Prof. Dr. Hans Jürgen Ramser, Universität Konstanz: „Kontrakttheorie und Arbeitsmarkt“.

Im Rahmen des Überblicksreferats wurden nach einer kurzen Besprechung des Azariadis-Baily-Gordon-(ABG-)Modells Annahmen und Aussagen von Modellen mit asymmetrischer Information referiert und diskutiert. Als eines der wichtigsten Ergebnisse wurde die Möglichkeit hervorgehoben, allgemein systematische Unterschiede zwischen Lohnsatz und marginaler Arbeitsproduktivität erklären zu können. Im Falle asymmetrischer Information im besonderen wurde auf die im Verhältnis zu symmetrischer Information (ABG-Modell) und a fortiori zum Spot-Markt höhere Variabilität der Beschäftigung aufmerksam gemacht. Zudem ist die Allokation bei asymmetrischer Information i. d. R. ineffizient, wobei unter Berücksichtigung der erforderlichen Annahmen allerdings eher der Fall „unfreiwilliger Überbeschäftigung“ als der unfreiwilliger Arbeitslosigkeit plausibel scheint.

Prof. Dr. Elmar Wolfstetter, Freie Universität Berlin: „Optimale Arbeitsverträge: Die Rolle eines Zwischenhändlers“.

Die Frage, ob die Einschaltung eines Zwischenhändlers zwischen Belegschaft und Unternehmung Pareto-Verbesserungen herbeiführen kann, wurde auf dem Hintergrund der Theorie optimaler Arbeitsverträge unter asymmetrischer Information untersucht. Der Zwischenhändler kann tatsächlich zu Wohlfahrtsverbesserungen beitragen, wenn er bereit ist, Risiken in demselben Umfang zu übernehmen wie die Unternehmung selbst. Es wird dann möglich, den Konflikt zwischen optimaler Risikoallokation und optimaler Beschäftigung zu entschärfen, in einem Grenzfall sogar völlig zu eliminieren. Allerdings kann der optimale Vertrag von Koalitionen gewinnbringend manipuliert werden. Koalitionen zwischen der Unternehmung und dem Zwischenhändler machen alle Wohlfahrtsgewinne nichtig. Der Zwischenhändler trägt jedoch immer dann zu Wohlfahrtsverbesserungen bei, wenn nur mit einer Koalition zwischen Belegschaft und Unternehmung gerechnet werden muß. Die Anwendung dieser Ergebnisse auf verschiedene Institutionen wurde erörtert.

Prof. Dr. Ekkehard Wenger, Universität Würzburg: „Arbeitnehmerschutz und Unternehmensfinanzierung“.

Gegenstand des Referats war die Frage, wie sich Kündigungsbeschränkungen, Mitbestimmung und gewerkschaftliche Organisationsrechte auf die Finanzierung riskanter Investitionen auswirken. Den genannten Institutionen wird häufig die Funktion zugesprochen, Quasi-Renten zu schützen, die sich Arbeitnehmer im bisherigen Beschäftigungsverhältnis erdient haben. Demgegenüber vertrat der Referent die These, daß Schutzrechte eher die Ursache als die Konsequenz von Quasi-Renten seien. Sie erleichtern organisierten Arbeitsplatzbesitzern den Zugriff auf die Erträge risikanter Investitionen; dies spiegelt sich bei Neueinstellungen in der Form eines Aufschubs von Entlohnungskomponenten wider. Damit leisten Arbeitnehmer einen Beitrag zur Finanzierung riskanter Investitionen und werden zur Übernahme nicht-systematischen Risikos gezwungen. Wegen ihrer begrenzten Möglichkeiten zur Diversifikation verschlechtert sich die Risikoallokation; gleichzeitig sinkt die Bereitschaft zur Finanzierung riskanter Investitionen.

Prof. Dr. *Hugo Kossbiel*, Universität Frankfurt: „Korreferat zum Vortrag von E. Wenger“.

Der Korreferent ging in erster Linie auf den von Wenger vorgestellten „ausbeutungsfreien Arbeitsvertrag“ ein. Dieser soll den Arbeitnehmer dadurch vor opportunistischem Verhalten des Arbeitgebers schützen, daß die Finanzierung der Investition in das Humankapital vom Arbeitgeber übernommen wird, und zwar durch Vereinbarung eines bestimmten Lohnpfades. Der Korreferent vertrat die These, die angestrebte Schutzwirkung sei auch durch eine konstante Lohnzahlung und damit ohne die sozialpolitisch bedenkliche Implikation des vorgeschlagenen Lohnpfades zu erreichen. Erörtert wurden weiter die verschiedenen Verlaufsformen der Quasi-Rente bei ausbeutungsanfälligen Arbeitsverträgen und die ihnen zugrundeliegenden Annahmen über das Verhalten und die Verteilung von Macht und Geschick zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite.

Prof. Dr. *Ulrich Schlieper*, Universität Mannheim: „Die Effizienzlohnhypothese – eine Erklärung für Arbeitslosigkeit?“

Die Effizienzlohnhypothese besagt, daß die Arbeitsleistung (Arbeitseffizienz) von der Entlohnung abhängt. Begründungen für einen solchen Zusammenhang liefern verschiedene Modelle. Ergebnis ist die Abhängigkeit der Arbeitsleistung vom Lohnsatz. Damit wird auch der Lohnsatz zu einem Aktionsparameter einer kostenminimierenden Firma. Der Zusammenhang zur Arbeitslosigkeit ergibt sich daraus, daß auch die Arbeitslosenrate die Arbeitsleistung beeinflußt. Damit lassen sich Modelle konstruieren, deren Gleichgewicht eine positive Arbeitslosenrate aufweist, die nicht durch Lohnsenkungen verändert werden kann. Einwände gegen die Effizienzlohnhypothese werden erhoben, weil es Kontrakte gibt, die den Lohnsatz von seiner Doppelrolle befreien. Im Referat wurde gezeigt, daß die Erklärung von Arbeitslosigkeit von diesem Modell nur geleistet wird, wenn die Effizienzlohnhypothese nahezu universell gilt. Gibt es einen genügend großen Teil des Arbeitsmarktes, in dem die Hypothese nicht gilt, dann leistet sie nichts mehr zu Erklärung von dauerhafter Arbeitslosigkeit.

Prof. Dr. *Helmut Schneider*, Universität Zürich: „Ethik und Arbeitsmarkt“.

Arbeitsverträge regeln Beschäftigung, betriebliche Wertschöpfung und ihre Verteilung. Da sie praktisch nie vollständig sein können und die Bereitschaft zur Ausnutzung strategischer Möglichkeiten eher zugenommen hat, können Eindeutigkeit und Stabilität von Lösungen strategischer Nicht-Nullsummen-Spiele nicht mehr garantiert werden. In Anlehnung an das Konzept der Ψ -stabilen Lösungen von Luce und Raiffa wird die Ethik aufgefaßt als ein Regelwerk, das das Verhalten der Vertragsparteien einschränkt und auf diese Weise „stabile“ Lösungen ermöglicht. Arbeitsmarkt-Regelungen werden in der Öffentlichkeit nicht nach ihrer Effizienz, sondern ihrer „Gerechtigkeit“ beurteilt. Wenn durch ein soziales Netz dieser Gegensatz nicht überbrückt werden kann, sind sozial stabile Marktlösungen wahrscheinlich nur erreichbar, soweit durch „ethische Regeln“ die Strategienräume der Marktteilnehmer eingeschränkt werden.

Prof. Dr. *Herbert Hax*, Köln

Ausschuß für Finanzwissenschaft

Die Jahrestagung fand vom 25. bis 27. Mai 1988 in Köln zum Thema: „Öffentliche Finanzen und Umweltpolitik II“ statt.

Folgende Referate wurden gehalten:

Prof. Dr. Horst Zimmermann (Marburg) und Privatdozent Dr. Wolfgang Benkert (Witten/Herdecke) beschäftigten sich in ihrem Beitrag mit dem Gemeinlastprinzip. Die Maßnahmen, in die das Gemeinlastprinzip Eingang finden kann, faßten sie in fünf Grundtypen zusammen. Jeder Typ wurde daraufhin überprüft, inwieweit sich eine Finanzierung aus allgemeinen Einnahmen rechtfertigen läßt. Als Maßnahmentypen wurden unterschieden: Die Beseitigung oder Vermeidung von Umweltschäden durch Dritte, Vermeidungsmaßnahmen bei vom Staat selbstinduzierten Emissionen, Forschung und Entwicklung im Umweltbereich, „Produktion“ von „social goods“ im Umweltbereich sowie die Finanzierung der öffentlichen Umweltverwaltung.

Prof. Dr. Gerold Krause-Junk (Hamburg) behandelte in seinem Beitrag die Frage, ob finanzpolitische Maßnahmen für den Umweltschutz im Rahmen der EG harmonisiert werden sollten. Hierbei interpretierte er kostenmäßig nicht angelastete Umweltschäden als Subventionierung der Emittenten und stellte außenwirtschaftlich bedingte Wohlfahrtseffekte in den Mittelpunkt seiner Modellanalysen, dabei untersuchte er die Fälle fehlender, totaler und partieller internationaler Faktormobilität. Darüber hinaus diskutierte der Verfasser Möglichkeiten einer Internalisierung internationaler Umweltschäden und deren Schwachstellen. Schließlich wurden die Vorschriften des EWG-Vertrages zur Harmonisierung der europäischen Umweltpolitik aus ökonomischer Sicht bewertet.

Prof. Dr. Karl-Heinrich Hansmeyer (Köln) referierte in Form einer Fallstudie über die Finanzpolitik im Dienste des Gewässerschutzes. Hierbei konzentrierte er sich auf zwei einnahmepolitische Instrumente: Zum einen untersuchte und bewertete er die Abwasserabgabe, zum anderen den in Baden-Württemberg eingeführten Wasserpengning. Im letzten Teil seines Beitrages prüfte der Verfasser, welche Lehren aus den Erfahrungen gezogen werden können, die bisher mit der Gewässerschutzpolitik in der Bundesrepublik gemacht worden sind.

Als wesentliche Diskussionsaspekte ergaben sich:

Referat Zimmermann / Benkert: Mehrere Teilnehmer wiesen darauf hin, daß der Begriff des Gemeinlastprinzips leer geblieben sei, weil es lediglich negativ gegenüber dem Verursacherprinzip abgegrenzt werde. Weiter wurde bezweifelt, ob eine Finanzierung gemäß des Gemeinlastprinzips mit einer gleichmäßigen Belastung der Bevölkerung gleichgesetzt werden könne. Ausführlich wurde die staatliche Mitverantwortung an den Altlasten aufgrund unterlassener Regelungen in der Vergangenheit erörtert. Die Frage, ob das Gemeinlastprinzip in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird, wurde kontrovers diskutiert.

Referat Krause-Junk: Im Mittelpunkt der Diskussion standen die vom Referenten verwendeten Modelle. Hierbei ging es unter anderem um folgende Fragen: Darf eine Konstanz des sozialen Indifferenzkurvensystems angenommen werden, wenn eine Pigou-Steuer durch eine Pauschsteuer ersetzt wird? Ist das in den Modellen unterstellte Stillhalten des Auslandes als realistisch anzusehen? Kommt es (bei Mobilität des Faktors Kapital) als Folge einer Produktionssubvention zwangsläufig zu einer vollständigen Spezialisierung eines Landes? Zur Mobilität des Faktors Kapital wurde eingewendet, daß dies nur pro futuro gelte, investiertes Kapital sei hingegen immobil. Im Hinblick auf die angebliche Umweltempfindlichkeit der Deutschen wurde ange-

merkt, daß man hier zwischen der ausgesprochenen und der nicht ausgesprochenen Meinung unterscheiden müsse.

Referat *Hansmeyer*: Als eine Ursache des geringen Einflusses der Ökonomen in der Umweltpolitik wurde angeführt, daß die Juristen und Techniker in der Vergangenheit ein dichtes, in sich geschlossenes System von Begriffen und Handlungsdirektiven entwickelt hätten; das erlaube Ökonomen nur wenig Einwirkungsmöglichkeiten. Darüber hinaus sei das ökonomische Denken vielen Beteiligten in diesem Bereich schwer zu vermitteln. Außerdem hätten sich die Ökonomen ihren geringen Einfluß zum Teil selbst zuzuschreiben, da sie sich um die Umsetzung ihrer Vorschläge häufig zu wenig kümmerten. Der Grundsatz der Gewässerschutzpolitik, überall gleiche Wasserstandards anzustreben, wurde als unökonomisch bezeichnet; es müßte vielmehr zwischen unterschiedlichen Verwendungszwecken differenziert werden. Bezüglich der Abwasserabgabe wurde hervorgehoben, daß sie aus allokativen Gründen sicherlich zu kritisieren sei; die breite Verteilung der Abwasserkosten habe jedoch den positiven Nebeneffekt, das Interesse vieler Bürger an der Gemeindepolitik zu erhöhen.

1989 soll die Tagung in Trier während der ersten Woche nach Pfingsten zum Thema: „Finanzierungsprobleme der Sozialen Sicherung I“ stattfinden.

Die Mitgliedschaft im Ausschuß hat sich durch eine Neuaufnahme verändert.

Prof. Dr. Kurt Schmidt, Mainz

Ausschuß für Bevölkerungswirtschaft

Der Ausschuß hat sich in seiner Sitzung im Februar 1988 mit dem Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und demographischen Variablen beschäftigt. Nachdem Prof. *Pierre Pestieau* (Universität Liège), den der Ausschuß zu einem Vortrag eingeladen hatte, in englischer Sprache vortrug, war die Vortrags- und Diskussionssprache Englisch.

Der erste Vortrag wurde von Prof. *Pierre Pestieau* gehalten. Sein Beitrag (mit Prof. *Dennis Kessler*) (Universität Paris, Nanterre) war überschrieben mit „The Distributional Effects of Demographic Variables“. Er diskutierte mögliche Zusammenhänge von demographischen Faktoren auf die Einkommensverteilung und gab dann einen Überblick über einschlägige empirische Arbeiten. Insbesondere folgende Forschungsgebiete wurden näher untersucht: Einfluß der Zahlenstärke eines Jahrgangs auf den Arbeitslohn; Einfluß einer alternden Bevölkerung, Migration, Scheidung, Witwenschaft und Erbschaften auf die Einkommensverteilung.

Dr. *Robert K. von Weizsäcker* (Universität Bonn) unternahm im zweiten Referat den bemerkenswerten Versuch, verteilungsrelevante Wechselbeziehungen zwischen demographischen und ökonomischen Variablen zu modellieren. Er schlug einen analytischen Rahmen vor, der die Untersuchung einiger komplizierter Interdependenzen erlaubt: Der Zusammenhang zwischen dem Alters-Einkommensprofil eines Individuums und der Altersstruktur der anderen Marktteilnehmer, ferner die Beziehung zwischen dem Altersaufbau der Bevölkerung, den staatlichen Finanzierungsinstrumenten, die hier zu Funktionen demographischer Variablen werden und der Verteilung der Netto- bzw. Bruttoeinkommen. Eine quantitative Sensitivitätsanalyse zeigt die Größenordnung der einzelnen Effekte. Die Untersuchung demonstriert, daß eine Politik der personellen Einkommensverteilung, bei der Entscheidungen auf der Basis von Informationen aus Querschnittsdaten getroffen werden, die komplexen Auswirkungen staatlicher Interventionen nicht erfassen kann.

Dr. Karlheinz Pohmer (Universität Saarbrücken) untersuchte mit Hilfe eines Simulationsmodells die Auswirkungen von Änderungen der Geburtenzahlen auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen. Die Basis der Simulation ist ein Lebenszyklusmodell eines repräsentativen Individuums, mit dem bei Annahme der Nutzenmaximierung mikroökonomische Einkommens- und Vermögensverläufe errechnet werden können. Dieses Modell wird durch realistische Annahmen bzw. Schätzwerte für Parameter numerisch spezifiziert. Mit Daten über die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland wird dann eine Modelleinkommensverteilung generiert, die der tatsächlichen sehr nahe kommt. Durch Variation der Geburtenzahlen ermöglicht das Modell Einblicke in die Auswirkungen von demographischen Prozessen auf die Einkommens- und Vermögensverteilung.

Prof. Dr. **Friedrich Breyer** (Fernuniversität Hagen) und Prof Dr. **J.-Matthias Graf von der Schulenburg** (Universität Hannover) prüften, ob und unter welchen Voraussetzungen ein umlagefinanziertes Rentensystem bei demokratischer Mehrheitswahl beibehalten oder abgeschafft würde. Sie knüpfen an einen früheren Beitrag beider Autoren im KYKLOS an, in dem sie sich schon einmal mit diesem Problem auseinandergesetzt haben. Der KYKLOS-Aufsatz kommt zum Ergebnis, daß Familien mit überdurchschnittlicher Reproduktionsrate Nettozahler werden und daher gegen das Umlagesystem stimmen werden. Mehrheitswahl führt um so eher zur Abschaffung des Umlagesystems, je geringer (negativer) die Wachstumsrate der Bevölkerung und je ungleicher Kinder auf Familien verteilt sind. Der Vortrag in Hagen erweiterte den KYKLOS-Aufsatz in zweifacher Hinsicht: Die Entscheidung der Wähler ist nicht mehr irreversibel, sondern auch künftige Generationen haben Wahlmöglichkeiten. Ferner wird die Betrachtung nicht mehr auf stabile Bevölkerungen beschränkt. Als Ergebnis zeigt sich auch hier, daß Verteilung und Zahl der Kinder eine sehr wichtige Rolle bei der Wahlsentscheidung über die Existenz eines Umlagesystems in der Alterssicherung spielen.

Prof. Dr. **Gerhard Schwödiauer** (Universität Bielefeld) und Prof. Dr. **Alois Wenig** (Fernuniversität Hagen) erforschten neue theoretische Aspekte der Lebenszyklustheorie der Ersparnis. Empirische Studien haben die Bedeutung von Erbschaften für die Erklärung von Kapitalakkumulation und Wachstum gezeigt. In der Literatur sind mehrere Modellvariationen verwendet worden, um die Existenz von Erbschaften in einem Lebenszyklusmodell zu berücksichtigen: Entweder wird die Erbschaft als Argument der intertemporalen Nutzenfunktion definiert oder der jeweils maximale Nutzen der Kinder als Funktion der Höhe der Erbschaft wird als Argument in der Nutzenfunktion der Eltern verwendet. Ferner kann aber auch die Lebenszeit des repräsentativen Individuums nicht als diesem bekannt und gegeben angenommen werden, sondern es wird davon ausgegangen, daß das Individuum vor dem Erreichen seiner maximalen Lebensdauer mit einer positiven Wahrscheinlichkeit stirbt. Damit findet Vererbung statt, ohne daß es ein Vererbungsmotiv geben muß. **Schwödiauer** und **Wenig** beschäftigten sich in ihrem Vortrag mit diesem letzteren Modelltyp.

Ohne auf weitere Annahmen und Eigenschaften dieses Modelltyps hier näher einzugehen, sei doch noch erwähnt, daß es **Schwödiauer** und **Wenig** gelingt, einige interessante Implikationen der Modellannahmen zu deduzieren: Sie können beispielsweise zeigen, daß ein Ansteigen des Rentenniveaus die Sparquote jüngerer Arbeiter vermindern muß und daß eine solche eindeutige Schlußfolgerung für ältere Arbeiter wegen der inzwischen erhaltenen Erbschaften nicht möglich ist. Sie zeigen u. a. auch, daß im Steady-State eine Erhöhung der Rente zu einer weniger gleichmäßigen Verteilung des vererbaren Vermögens führt.

Aus allen Vorträgen ging klar hervor, daß die Bevölkerungsentwicklung einen entscheidenden Einfluß auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen haben muß.

Diese Erkenntnis setzt die Tendenz der empirischen und theoretischen Forschung der letzten Jahre fort: Nachdem die empirische und theoretische Analyse der Einkommensverteilung schon immer zu den schwierigsten Gebieten der Volkswirtschaftslehre gehört hat, scheint sich ihre Komplexität durch die enge Verbindung zu demographischen Variablen noch weiter zu erhöhen.

Prof. Dr. *Klaus Spremann* (Universität Ulm) hielt außerhalb des Generalthemas einen Vortrag über die demographische und wirtschaftliche Entwicklung Taiwans. Er hat dort sein Freisemester verbracht und sich intensiv über das Land informiert. Sein Vortrag ist von den Mitgliedern des Ausschusses mit großem Interesse aufgenommen worden und führte zu einer lebhaften Diskussion.

Die nächste Jahrestagung des Ausschusses für Bevölkerungsökonomie findet am 10. und 11. Februar 1989 in Bad Homburg statt. Diesmal wurde kein Generalthema festgelegt.

Zwei Kollegen wurden kooptiert.

Prof. Dr. Bernhard Felderer, Köln